

Auf die Straße!

Ein Aufruf zur Einmischung in die Agrardebatte

von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Noch nie hat ein EU-Agrarkommissar Vorschläge der Agraropposition im Ansatz so stark in Gesetzesvorschläge für eine Agrarreform eingearbeitet wie der jetzige Kommissar Dacian Cioloş. Er will Direktzahlungen fest an ökologische und soziale Standards (Arbeit) binden. Was im Ansatz überzeugt, bleibt in der konkreten Ausgestaltung jedoch noch weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Erforderlich ist eine ökologische und soziale Intensivierung. Bauernverband, Industrie und Bundesregierung lehnen das ab und bekämpfen schon den Ansatz der Reform. Mit der ganzen Macht ihres Kapitals wollen sie den Einstieg in eine Politik zur Erhaltung und Förderung der solargestützten bäuerlichen Landwirtschaft verhindern und durch den forcierten Strukturwandel Fakten für eine agrarindustrielle Produktion schaffen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) setzt mit ihren Bündnispartnern auf die gesellschaftliche Kraft der »Straße«, um diese Reform für sich zu entscheiden. Die Chancen stehen nicht schlecht.

In Teilen der Landwirtschaft schreitet die Industrialisierung in einem Ausmaß voran, das vor Jahren noch unvorstellbar war. Die Größenordnungen, in denen neue Stallplätze aus dem Boden gestampft werden, lösen selbst bei sonst zurückhaltenden Beobachtern Kopfschütteln aus: Wie soll das gut gehen? Wo soll das noch enden? Der Flächenhunger der Biogasanlagen kommt noch hinzu. Viele Bauern und Bäuerinnen fragen sich, ob für sie da noch Platz bleibt. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat in Deutschland die Hälfte der Betriebe ihre Schweinehaltung aufgegeben. Dass eine wachsende Zahl von Ställen, von Biogasanlagen und auch immer mehr Fläche und Boden bereits in außerlandwirtschaftliche Hände – einschließlich Raiffeisengenossenschaften – übergeht, macht die Sache noch brutaler. Es verdeutlicht die Interessenlage, die hinter der Entwicklung steht: Es tobt ein Kampf um die Rohstoffbasis für die Agrarindustrie, für Schlachthöfe, Milchindustrie, Energieunternehmen. Das treibt den Wettlauf um die Produktionsressourcen Fläche und genehmigte Stallkapazitäten.

Die Wortführer in Bauernverband, Genossenschaften und Teilen der Wissenschaft zeigen sich wie bebraucht. Sie wehren sich strikt gegen jeden Versuch, diesem irrsinnigen Konkurrenzkampf wirksame Grenzen zu setzen. Diese Entwicklung erscheint so manchen Berufskolleginnen und Kollegen für ihre Betriebe so

aussichtslos, dass sie sich entmutigt zurückziehen. Aber sie sehen oft nur die eine Seite.

Strukturwandel und Widerstand

Auf der anderen Seite wächst in der Bevölkerung eine Gegenbewegung, die der Interessenlage von Industrie und Bauernverband diametral entgegensteht. In unserer Gesellschaft wächst der Widerspruch gegen die fortschreitende Industrialisierung in der Landwirtschaft in all ihren Ausprägungen: Ob Agrarfabriken mit Massentierhaltung, überdimensionierte Biogasanlagen auf Maisbasis, zunehmende Landkonzentration und Monokulturen, wachsender Import von Soja-Futtermitteln und damit Flächeninanspruchnahme in anderen Kontinenten sowie steigende Fleisch- und Magermilchexporte, die auch in Entwicklungsländern Bauern die Existenzgrundlagen nehmen – all das wird aufmerksam verfolgt und zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen vor Ort. Es ist mitnichten eine Ablehnung gegen die Bauern, sondern eine klare Parteinahme für die Bauern, für die bäuerliche Landwirtschaft. Was für die Gentechnikfreiheit und den Tierschutz schon länger gilt, verbreitet sich nun stark: Die Art und Weise, wie Lebensmittel erzeugt, verarbeitet und vermarktet werden, ist der Bevölkerung nicht mehr egal. Als Bürgerinnen und Bürger reden sie mit

und ziehen die Verbindung zur Agrarpolitik in Land, Bund und EU.

Vorschlag der EU-Kommission

In diese Gemengelage hinein kommt nun EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș mit seinen Vorschlägen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU.¹ Von der Struktur her ist da vieles wiederzuerkennen, was die AbL dem Agrarkommissar im Februar 2011 vorgeschlagen hat,² aber in wichtigen Details hat die Kommission den Mut verloren. Gemessen an dem, was notwendig ist, sind diese Vorschläge enttäuschend. Das gilt für die ökologische Konditionierung der Direktzahlungen, das gilt ebenso für die soziale Qualifizierung der Zahlungen, damit die Direktzahlungen nicht länger zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten bäuerlicher Betriebe führen. Das gilt auch für die Förderung in der Zweiten Säule, die ausgerechnet bei den Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen kürzt, statt mit einer Stärkung die Richtung zu weisen. Und auch in der Marktordnung gibt es vieles, für das sich die EU-Kommission deutliche Kritik anhören lassen muss.

Aber so klar die Kritik ausfallen muss, so deutlich muss auch anerkannt werden, dass vom Ansatz her, in der Verankerung wichtiger Instrumente, die Vorschläge der Kommission eindeutig in die richtige Richtung gehen. Sie verdienen Verstärkung in doppelter Hinsicht: Das Instrumentarium muss kommen und es muss so ausgestaltet werden, dass es auch die notwendige Wirkung entfaltet. Dazu zwei zentrale Beispiele: die Kommissionsvorschläge zur Fruchtfolge und die geplante Berücksichtigung der Arbeit bei den Direktzahlungen.

Ökologische Intensivierung

Es ist richtig, die Direktzahlungen in der Ersten Säule so an ökologischen Standards zu binden, dass wir damit eine ökologische Intensivierung der Landwirtschaft auslösen. Ja, es geht nicht um Extensivierung oder gar um Rückzug aus der Lebensmittelerzeugung, das wäre ein fataler Irrtum. Es geht darum, die heute in hohem Maße ölabhängigen Produktionsweisen zu überwinden und in eine solargestützte Landwirtschaft zu überführen. Wir müssen runter von der hohen Inanspruchnahme fossiler Energien und den damit verbundenen Umwelt- und Klimabelastungen. Das geht nur, wenn wir den ökologischen Input deutlich erhöhen, indem wir uns die natürlichen regenerativen Quellen aktiv und verträglich nutzbar machen, ohne die natürlichen Ressourcen zu zerstören.

Solargestützte Erzeugung einleiten

Es war nur für eine kurze Periode verlockend und scheinbar einfach, den Hauptnährstoff Stickstoff unter

hohem Energieeinsatz industriell aus der Luft zu holen, um ihn dann als Mineraldünger auf die Felder zu bringen. Das ist zu einem der größten Energiefresser in der Landwirtschaft gewachsen, den wir uns nicht mehr leisten können, denn das Öl ist bald am Ende, das Maximum der Ölförderung (»Peak Oil«) ist bereits überschritten. Den Stickstoff müssen wir daher möglichst schnell selbst aus der Luft in den Boden holen. Dazu braucht es keine neue technische Erfindung, wir müssen nur das intelligent nutzen, was die Natur uns schon ewig anbietet. Die Symbiose aus Leguminosen (Eiweißpflanzen) und den Knöllchenbakterien an deren Wurzeln war bis zu den 1950er-Jahren des letzten Jahrhunderts die Stickstoffquelle schlechthin und damit eine wesentliche Grundlage für die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung. Die Leguminosen sind in Europa aus der Fruchtfolge fast gänzlich verschwunden, weil Öl so billig war, dass der Energiefresser-Dünger unschlagbar günstig wurde. Diese kurze Zeit geht zu Ende und es ist eine naive Selbsttäuschung zu meinen, das fossile Öl ließe sich durch Agrarsprit ersetzen – der Anbau der Agrarsprit-Pflanzen basiert selbst auf dem Einsatz fossiler Energien.

Fruchtfolge mit Leguminosen

Wir kommen nicht umhin, die Leguminosen, die Königin des Ackerbaus, in die Fruchtfolge zurückzuholen. Für die nachhaltige Trag- und Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung ist das die Kernfrage. Die Fruchtfolge steht also auf der Tagesordnung. Weitere Gründe drängen dazu, die Entwicklung hin zu Monokulturen zu stoppen und umzukehren. Was für andere Kulturen selbstverständlich oberste Maxime der bäuerlichen Fachlichkeit ist, das scheinen wir beim Mais erst wieder lernen zu müssen: Der mehrjährige Anbau hintereinander bringt erst die Schädlinge mit sich, für deren Gegenwehr uns die chemische Industrie nur zu gerne ihre Gentechniksorten verkaufen will. Alles überflüssig, was jedem Ackerbauern eigentlich längst klar ist.

Die AbL hat deshalb gefordert, dass ein ausreichend großer Teil der Direktzahlungen (30 Prozent) unmittelbar daran gebunden wird, dass die Betriebe unter anderem eine Fruchtfolge mit einem Leguminosenanteil von 20 Prozent der Ackerfläche einhalten. Niemand wird gezwungen, das einzuhalten, die Betriebe haben die Wahl, Vernünftiges zu tun und die vollen Zahlungen zu bekommen oder Widersinniges zu tun und auf öffentliche Gelder zu verzichten.

Von Fruchtfolge kann man aber natürlich erst sprechen, wenn auch ein Fruchtwechsel stattfindet. Das bedeutet, dass eine Frucht an der Fruchtfolge in einem Jahr höchstens 50 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ausmachen darf, damit im nächsten Jahr auf dieser »Hälfte« etwas anderes wächst. Alles, was über einen

Höchstanteil von 50 Prozent für eine Frucht hinausgeht, geht also am Anspruch einer tatsächlichen Fruchtfolge vorbei.

Qualitativer Unterschied

Es ist also richtig, dass die EU-Kommission die Zahlungen an eine konkrete Fruchtfolge-Vorgabe binden will. Ihr Vorschlag aber sieht vor, dass eine Frucht 70 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ausmachen darf. Das sind aber eben nicht einfach nur 20 Prozentpunkte mehr, sondern es ist etwas qualitativ deutlich anderes: Bei 70 Prozent können sich in der Jahresfolge immer 20 Prozent überschneiden, zum Beispiel Mais nach Mais, ohne Einbuße bei den Zahlungen. Die größte Unzulänglichkeit besteht im Kommissionsvorschlag aber darin, dass die Leguminosen keinerlei Erwähnung gefunden haben. Das ist aber eine zentrale Zukunftsfrage. Sie muss nun vom Europäischen Parlament in die Reform hineinverhandelt werden.

Staffelung und Arbeit

Ein anderer Vorschlag der EU-Kommission geht eindeutig auf das Konto jahrelanger AbL-Arbeit: Nie zuvor war die Arbeitskraft als ein Bemessungskriterium für die Direktzahlungen in einem Gesetzesvorschlag der Kommission so klar verankert. Die Kommission schlägt vor, die Basisprämien (außerhalb des Greenings, circa 200 Euro je Hektar) pro Betrieb nicht länger unbegrenzt nach Hektarzahl zu zahlen, sondern ab 150.000 Euro Basisprämie pro Betrieb und Jahr zu staffeln und ab 300.000 Euro zu kappen. Um dabei arbeitsintensive Betriebe gegenüber rationalisierten reinen Ackerbaubetrieben nicht zu benachteiligen, will die Kommission dabei die tatsächlichen Lohnkosten der Betriebe berücksichtigen. Die Kommission will dazu die Staffel- bzw. Kappungsgrenzen bei den in Frage kommenden Betrieben um den jeweiligen Betrag der vollen Lohnkosten nach oben verschieben.

Dieser Vorschlag der Kommission geht im Ansatz in die richtige Richtung, aber auch er ist in der konkreten Ausformung noch mangelhaft. Positiv ist, dass die Kommission einen Weg einschlägt, bei dem nicht nur der Flächenbesitz des Betriebes, sondern auch die betriebliche Arbeit einen Ausschlag über die Höhe der Zahlungen gibt. Arbeitsplatzangebot wird hier – bei den von der Staffelung und Obergrenze betroffenen Betrieben – nicht mehr bestraft, sondern als positiver Faktor anerkannt. Das mahnt die AbL schon seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich an. Das muss allerdings nicht nur für die Empfänger großer Prämiensummen gelten, sondern für alle Betriebe. Das bedeutet:

- Die Staffelung und Obergrenze setzen bei viel zu hohen Basisprämien an. Selbst in Deutschland werden

damit 99 Prozent der Betriebe außen vor gelassen, so dass die zahlungsbedingten Wettbewerbsverzerrungen zwischen diesen Betrieben fortgeführt werden. Wir fordern daher, die Staffelung deutlich unter 100.000 Euro beginnen zu lassen und die Obergrenze bei höchstens 150.000 Euro einzuziehen.

- Bei der Kürzung die tatsächlichen Lohnkosten gegenzurechnen fordert die AbL seit langem. Es ist aber falsch, dabei die vollen Lohnkosten anzurechnen. Denn das führt in Betrieben, die von der Obergrenze betroffen sind, dazu, dass deren Lohnkosten zu 100 Prozent aus der EU-Kasse bezahlt werden. Es muss auch bei Großbetrieben immer noch um eine Wirtschaftsleistung gehen. Wir fordern daher, hier maximal die halben tatsächlichen Lohnkosten anzurechnen.
- Einen Arbeitskraftbezug der Zahlungen sieht die Kommission bisher nur in Verbindung mit der Staffelung und Obergrenze vor. Für den Großteil der Betriebe – und für Länder mit einer kleinstrukturierten Landwirtschaft – ist bisher keine Möglichkeit vorgesehen, arbeitsintensive Betriebszweige positiv in Ansatz zu bringen. Weil aber auch unterhalb der Kürzungs- und Obergrenzen die jetzigen Direktzahlungen arbeitsintensive Betriebszweige benachteiligen, schlägt die AbL vor, dass den Mitgliedsstaaten und den Bundesländern das Recht eingeräumt wird, eine weitergehende Regelung zu treffen, damit auch unterhalb der Staffel- und Obergrenzen der Arbeitszeitbedarf berücksichtigt werden kann. Dass das verwaltungstechnisch prinzipiell geht, zeigen die deutschen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die zur Berechnung der Beiträge der Betriebe zur Unfallversicherung mittlerweile den kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf jedes einzelnen Betriebes nach standardisierten Maßstäben berechnen. Die Berufsgenossenschaften bedienen sich dazu sogar schon der Daten, die von den Betrieben bei ihren Anträgen auf Direktzahlungen angegeben werden.

Die Kraft der Straße

Mit ihrem Vorschlag hat die Kommission die Tür für diese Änderungen und Erweiterungen geöffnet. Das ist ein großer politischer Fortschritt und wir sollten ihn mit aller Kraft und klug unterstützen und nutzen. Nicht umsonst setzen Bauernverband und insbesondere die ostdeutschen Minister und die Bundesregierung bis zu Kanzlerin Merkel alles daran, diese Tür schnellstens wieder ganz zu verbarrikadieren. Wir müssen also den Fuß drinlassen.

Diese Reform dauert länger als die vorigen, die letzten Beschlüsse fallen erst 2013. Die Vorschläge der Kom-

Folgerungen & Forderungen

- Die EU-Kommission hat zentrale Vorschläge des AgrarBündnisses aufgegriffen.
- Nun müssen die positiven Ansätze wirksam ausgestaltet werden.
- Im Ackerbau muss eine echte Fruchtfolge kommen, mit Leguminosen alle fünf Jahre.
- Die Staffelung der Zahlungen und die Berücksichtigung der Arbeit müssen die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Betrieben umfassend angehen.
- Auch bei den Marktregeln, der Entwicklungsverträglichkeit, im Tierschutz und der Zweiten Säule muss nachgebessert werden.
- Unsere politischen Gegner haben das Kapital im Kreuz; unser Pfund ist der gesellschaftliche Rückhalt. Diese Kraft der Straße gilt es jetzt zu nutzen. Jede und Jeder ist dazu aufgerufen.

mission sprechen zentrale Stellschrauben an, die kommen müssen, um sie dann in die richtige Position zu drehen. Was aus unserer Sicht notwendig ist und kommen muss, das greift selbstverständlich alteingesessene und im politischen Betrieb mächtig einflussreiche Interessen an. *Mit* und *in* dem herrschenden agrarpolitischen System werden besonders im vor- und nachgelagerten Bereich Milliarden-Gewinne eingefahren.

Gegen diese Macht des Kapitals gibt es nur ein Mittel: das ist die Kraft der Straße. Dafür gibt es ermutigende Beispiele: Dass die Atomkatastrophe von Fukushima in Deutschland – anders als etwa in Frankreich – zu einem Ausstiegsbeschluss geführt hat, ist ein Erfolg der jahrelangen Anti-Atom-Bewegung. Dass wir die Gentechnik in Deutschland und auch in Europa bisher weitgehend vom Acker fernhalten konnten, hat mit unserer starken gesellschaftlichen Bewegung zu tun. Dass Legehennen nicht mehr in Käfigen gehalten werden

dürfen, geht ebenso auf das Konto einer engagierten und wachen Öffentlichkeit.

Nun rückt ein breites gesellschaftliches Bündnis die Agrarpolitik ganz bewusst in das Blickfeld der öffentlichen Debatte. Und das Interesse in der Bevölkerung für die agrarpolitischen Zusammenhänge wächst merklich weiter. Wann in der Politik die Hebel umgestellt werden, das hängt oftmals von Zufällen und besonderen Ereignissen ab. Es lässt sich nicht immer genau vorhersagen. Aber damit dann die Kraft für den Umstieg ausreicht, muss die Arbeit vorher stark genug sein. Das steht jetzt an. Die gesellschaftliche Stimmung haben wir auf unserer Seite. Nun gilt es, diese positive Stimmung in öffentliche Aufmerksamkeit und politischen Druck zu übersetzen. Die Aktionen im Rahmen der Kampagne »Meine Landwirtschaft«³ bieten für Jede und Jeden viele Möglichkeiten, sich aktiv dabei einzubringen. Denn Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik und bäuerliche Landwirtschaft die Landwirtschaft mit Zukunft.

Anmerkungen

- 1 Eine ausführliche Darstellung der Reformvorschläge findet sich auch in dem Beitrag von Ulrich Jasper in diesem Kapitel, S. 20–29).
- 2 AbL-Papier vom Februar 2011: EU-Agrarreform einfach und wirksam (<http://www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html>).
- 3 Siehe dazu: www.Meine-Landwirtschaft.de sowie www.ARC2020.eu



Dr. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
E-Mail: info@abl-ev.de